

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Editorial

Sonja Luksik und Stefan Vater

In der Ausgabe 46, 2022:
„Corona, Demokratie und politische Bildung.
Ansatzpunkte, Deutungen, Zugänge“



Editorial

Sonja Luksik und Stefan Vater

Zitation Luksik, Sonja/Vater, Stefan (2022): Editorial. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 46, 2022.
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-46>.

Schlagworte: Corona-Pandemie, politische Erwachsenenbildung, Krisenbearbeitung, Bio-Politik, Demokratie, Kritikfähigkeit, Protestbewegung, Mündigkeit, Dialog, imperiale Lebensweise



Abstract

Seit 2020 dominieren die Corona-Krise und der Umgang damit das gesellschaftliche Leben, die Erfahrungen der Menschen und vor allem den Diskurs – auch in der Erwachsenenbildung. Die in Österreich gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie machten rasch bestehende Herrschaftsverhältnisse und soziale Schieflagen sichtbar. Statt derart problematische Verhältnisse aufzulösen oder zumindest einzudämmen, verstärkten die Maßnahmen diese aber weiter, kritisieren die Herausgeber*innen der vorliegenden Ausgabe des „Magazin erwachsenenbildung.at“. Vor allem fehle es an Spielraum für Kritik und Diskussion in einem dialektischen Sinn. Die Beiträge zur Ausgabe zeigen das Ausmaß und die Dimensionen der Krise auf und machen Vorschläge, wo politische Erwachsenenbildung ansetzen kann, um Kritikfähigkeit, Mündigkeit und Dialog zu fördern. Dabei machen sie vielfach auch sehr persönliche Überzeugungen von Forscher*innen und Praktiker*innen der Erwachsenenbildung und der politischen Bildung sichtbar. Thematisiert werden die Demokratie als Form des politischen Lebens selbst, gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, die Querdenker*innen-Bewegung und Praxis-Angebote zur politischen Erwachsenenbildung. (Red.)

01

Aus der Redaktion

Editorial

Sonja Luksik und Stefan Vater

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020 hat sich die Welt in einem rasanten Tempo und mit ungeheurer Intensität gewandelt. Der Begriff der „Vielfachkrise“ existierte zwar schon davor, bringt das Empfinden einer Unübersichtlichkeit, Überlagerung und Gleichzeitigkeit von gesellschaftlichen Krisen aber treffend wie nie auf den Punkt: Ukraine-Krieg, Inflation, Klimakrise, Erosion der Demokratie – eine Krise jagt die nächste. Die Corona-Krise dominierte das gesellschaftliche Leben und die Erfahrungen von großen Teilen der Menschheit: nicht nur in Bezug auf staatliche Maßnahmen, sondern vor allem hinsichtlich der Diskursdominanz. Kaum ein anderes Thema drängte sich so sehr in den Vordergrund wie das Virus und Strategien zu seiner Eindämmung.

Vertiefte Widersprüche...

Aus einer politischen Perspektive zeigte sich, dass die Pandemie bereits bestehende Herrschaftsverhältnisse sowie ökonomische und soziale Schief lagen einerseits sichtbar machte, andererseits damit zusammenhängende Widersprüche vertiefte. So wurde alles getan, um die kapitalistische Produktionsweise und Profitmaximierung aufrechtzuerhalten. Menschen sollten weiterhin in großen Betrieben, Supermärkten und Krankenhäusern arbeiten, sich in der Freizeit jedoch mit niemandem treffen. Kapitalinteressen aus Tourismus und Gastronomie wurden berücksichtigt, während eine sichere Lernumgebung an Schulen ganz und gar nicht selbstverständlich war. Home-Schooling und Home-Office wurden ohne Rücksicht auf Frauen, Alleinerzieher*innen,

aber auch generell Eltern vereinbart. Vulnerable Gruppen wie Geflüchtete an den EU-Außengrenzen, Wohnungslose oder Kinder kamen im Pandemie-Diskurs nicht einmal vor.

Eine zu konstatierende „Politik der Pandemie“ greift seit 2020 in Österreich und Europa auf Instrumente des staatlichen Ausnahmezustandes zurück und regiert vorrangig über Verordnungen. Grundrechtsbeschränkungen und eine Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive in Krisenzeiten drohen sich einzureihen in globale Tendenzen einer „autoritären Wende“. Die Technisierung des Politischen und eine Stärkung der Rolle von „Expert*innen“ sind weitere Tendenzen, die sich während der Pandemie beobachten lassen und einem Autoritarismus Vorschub leisten.

... neue Verwerfungen?

Neben bereits bekannten gesellschaftlichen Widersprüchen führte die Corona-Krise zu neuen Verwerfungen, Erschütterungen und Spaltungslinien, die mit scheinbaren Sicherheiten und Gewissheiten brachen. Es formierten sich neue Allianzen, wie am Beispiel der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen eindrücklich zu sehen ist. Ein (teils obskur anmutendes) Sammelsurium aus Esoteriker*innen, Alt-68ern, Rechtsextremen und Kleinbürgerlichen bildet eine reaktionäre Bewegung, deren größte Schnittmenge einerseits die Ablehnung jeglicher staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist, andererseits der Rekurs auf Verschwörungstheorien, die häufig von Antisemitismus durchzogen sind. Demgegenüber steht das aufgeklärte, stets vernünftige und staatliche Maßnahmen affirmierende Individuum, das frei von jeglichen Emotionen agiert – so zumindest das in Politik und Medien omnipräsente Bild. Es scheint, als wäre die Konfliktlinie eindeutig: Corona-Leugner*innen, Impfgegner*innen und Verschwörungstheoretiker*innen auf der einen Seite gegen Aufgeklärte und Vernünftige auf der anderen Seite. Diese analytisch und empirisch verkürzte Dichotomie blendet oben beschriebene gesellschaftliche Interessengegensätze und Konflikte, die durch die Pandemie verstärkt wurden, gänzlich aus. „Pandemiebekämpfung“ erscheint als individuelle Kraftanstrengung, bei der man sich nur für die richtige „Seite“ entscheiden und eigenverantwortlich handeln muss. Für eine Kritik an herrschenden Missständen, an strukturellen Ungleichheiten und für das Aufzeigen von emanzipatorischen Handlungsmöglichkeiten bleibt im „nationalen Schulterchluss“ kein Platz.

Erwachsenenbildung in der Pandemie – die einzelnen Beiträge im Überblick

All diese Entwicklungen machen auch vor der Erwachsenenbildung nicht halt und stellen sie vor zahlreiche Herausforderungen. Die Beiträge der vorliegenden MeB-Ausgabe behandeln nachfolgende Themen:

Daniela Ingruber geht in ihrem Beitrag „Demokratie als Dystopie. Wie politische Bildung dem entgegenwirken kann“ von der beschworenen Krise

der Demokratie ab den späten 1990ern aus und zeichnet das Bild einer „demokratischen Jukebox“ – Demokratie wird zum Wunschkonzert. Mit dem Beginn der Corona-Pandemie wird die Demokratie den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung unterworfen. Und dennoch bleibt Demokratie der Sehnsuchtsort enttäuschter Hoffnungen und sie ist zerbrechlich.

Sonja Luksik spricht in einem Interview mit **Gundula Ludwig**, Professorin für Sozialwissenschaftliche Theorien der Geschlechterverhältnisse an der Universität Innsbruck, über die Funktionsweisen von Bio-Macht und geschlechtlicher Arbeitsteilung in Krisenzeiten. Wurde zu Beginn der Pandemie noch über strukturelle Probleme in unserer Gesellschaft gesprochen, war bereits nach kurzer Zeit ein Festhalten an der Normalität beobachtbar, zeigt sich Gundula Ludwig erstaunt. Ein „Souveränitätsphantasma“ in der staatlichen Krisenbearbeitung blende zudem Körper, Emotionen, Verletzbarkeit und Sorge aus.

Stefan Vater versucht in seinem Beitrag „Die gefährlichen Anderen. Der Neoliberalismus und das Zeitalter der Pandemien“ Arbeitsfelder der politischen Erwachsenenbildung in Zeiten der Pandemie zu benennen. Dazu erfolgt eine zugespitzte Charakterisierung der aktuellen Gesellschaftsformation mit ihren Paradoxien und eine Beschreibung jener Regierungsformen, also jener Steuerungsformen, mit denen Maßnahmen gegen die Pandemie eingesetzt wurden. Es waren Maßnahmen, die durch den Schutz »des Lebens« gerechtfertigt und begründet wurden. Nach einer Einleitung zum Konzept der Biopolitik, das eine Politik beschreibt, die »das Leben« ins Zentrum setzt, erfolgt eine Analyse des Zusammenwirkens von Pandemie und Neoliberalismus in Zeiten der Pandemie.

Simone Müller spricht in einem Interview mit **Ulrich Brand**, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien, über gegenwärtige Gesellschaftsdiagnosen, diese fallen gemeinhin dystopisch aus: Corona, Klima und Krieg verweisen auf Krisen und Katastrophen globalen Ausmaßes. Ulrich Brand argumentiert, dass sie in Zusammenhang stehen mit einer imperialen Lebensweise, die erdumspannende Verhältnisse der Ausbeutung und Ungleichheit beinhaltet. Demgegenüber wäre eine solidarische Lebensweise zu stellen, die es individuell und

gesellschaftlich zu erlernen sowie politisch zu fördern und abzusichern gilt.

Martin Haselwanter und **Bernd Lederer** thematisieren in ihrem Beitrag „Die Querdenker*innen als Herausforderung. Erwachsenenbildnerische Reflexionen für eine gelingende politische Bildung“ jene Protestbewegung, die sich seit dem Frühjahr 2020 gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie formierte. Angesichts ihrer Heterogenität wird diese mitunter als erste postmoderne Protestbewegung skizziert, als politisch nach rechts tendierende Querfront ganz unterschiedlicher Aktivist*innen. Die Autoren beschließen ihre Analyse der Querdenker*innen mit Schlussfolgerungen für die Erwachsenenbildung.

Catrin Opheys und **Helmut Bremer** befassen sich ebenso mit Protestbewegungen in Zeiten von Corona. Ihr Beitrag „Proteste gegen die ‚Corona-Politik‘ und das politische Feld. Die Notwendigkeit ungleichheitssensibler Zugänge in der politischen Erwachsenenbildung“ fasst die mit der Corona-Pandemie und den politischen Maßnahmen aufkommenden Protestbewegungen als gesellschaftlich und medial in bestimmter Weise sichtbar. Häufig werden diese als defizitär, als „rechts-orientiert“ und wissenschaftsfeindlich wahrgenommen und im Kontext von Verschwörungsmynthen verortet. Eine solche Wahrnehmung hat auch Auswirkungen darauf, wie sich die politische Bildung zu den Protesten positioniert und in ihren Angeboten konzeptionell aufgreifen kann.

Gesa Heinbach eröffnet in ihrem Beitrag „Mit Corona ‚leben lernen‘. Über die Bedeutung gemeinsamen Lernens in politischen Öffentlichkeiten“ mit dem Begriff des „öffentlichen Lernens“ eine Perspektive auf die politisch-öffentliche Auseinandersetzung über neue Erkenntnisse, um darauf basierende Entscheidungen demokratisch zu verankern. Dabei wird auch auf die Frage eingegangen, ob sich gesellschaftliche Ordnungssysteme in der Corona-Krise eher verflüssigen oder sich im Gegenteil durch ihre Wirksamkeit bewähren. Schließlich wird diskutiert, wie öffentliches Lernen und der Umgang mit modernen Paradoxien zusammenhängen.

Stefan Müller fragt in seinem Beitrag „Verständnisse und Missverständnisse des Kritik-Begriffs“: Gibt

es Unterscheidungsmöglichkeiten, um „kritische Ansätze“ in der politischen Bildung von anderen abzugrenzen? Der Beitrag rückt zwei miteinander verbundene Fragen in den Mittelpunkt. Zum einen werden normative Annahmen politischer Bildung diskutiert, die die Differenz zwischen gesinnungsethischen und mündigkeitsorientierten Bezügen sichtbar machen. Zum anderen wird an die dialektische Konzeption der Kritischen Theorie erinnert, die auf dichotome Annahmen zu reflektieren erlaubt und sie in eine Vermittlung überführt.

Michael Görtler und **Charlotte Palatzky** gehen in ihrem Beitrag „Politische Erwachsenenbildung in der Krise? Eine Reflexion“ von einer Demokratie- und Repräsentationskrise aus, die sie mit Rekurs auf Hartmut Rosa auch als Beschleunigungs- und Resonanzkrise interpretieren. Diese Krisentendenzen hätten sich in der Pandemie verschärft, Desynchronisation und Entfremdung traten als Folgen in Erscheinung. Auf Basis dieser Analyse identifizieren die Autor*innen vier Krisensymptome der politischen Erwachsenenbildung.

Erik Weckel thematisiert in seiner Reflexion „Über Verwundbarkeit und Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten“ die Verknappung von Zeit und Raum. Der vorgeblichen Alternativlosigkeit und Technisierung von sozialen Problemen und Konflikten etwas entgegenzusetzen, sei eine zentrale Übung politischer Bildung. Weckel stellt unübersehbar die soziale Frage in Zeiten von Corona – bezogen auf Pandemie-Maßnahmen, die im Grunde wie Ungleichheits-Brandbeschleuniger wirken. Sein assoziativer Essay kann als Plädoyer für Dialog und Kooperation gelesen werden.

Britta Breser gibt in ihrem Beitrag „Öffentliche Konsultationen: Ihre Meinung zählt!? Partizipative Demokratie-Instrumente in der politischen Erwachsenenbildung“ einen Überblick über „Öffentliche Konsultationen“. Sie sind ein Beispiel für Beteiligungsinstrumente auf parlamentarischer Ebene in Österreich und der EU. Die Ausgangsthese der Autorin lautet: „Öffentliche Konsultationen“ haben das Potential, Vertrauen in politische Prozesse aufzubauen – genau hier liegt auch der Einsatzpunkt für politische Bildner*innen. Neben Chancen thematisiert Breser jedoch auch Risiken und Fallstricke

des Demokratie-Instruments sowie daraus folgende Aufgaben für die politische Erwachsenenbildung.

Christin Reisenhofer stellt im Beitrag „Der Demokratie-MOOC. Potentiale und Problemstellen der digitalen Politischen Erwachsenenbildung in der (COVID-19) Krisenzeit“ einen Online-Kurs der Politischen Bildung vor. Zuerst diskutiert die Autorin die Frage, wie politische Bildung im Zuge der Umstellung auf digitale Kurse, Lockdowns und Social Distancing weiterbestehen kann. Anschließend geht der Beitrag auf die Rolle des Demokratie-MOOCs angesichts dieser Herausforderungen in Pandemiezeiten ein.

Am Ende der Meb-Ausgabe steht eine Rezension: **Georg Ondrak** bespricht „Post/pandemisches Leben. Eine neue Theorie der Fragilität“ (2021) von **Yener Bayramoğlu** und **María do Mar Castro Varela**. Mit dem Buch versuchen die Autor*innen eine neue Perspektive auf die Covid-19-Pandemie und ihre sozialen Folgen zu entwickeln.

Ausblick aus der Redaktion

Ausgabe 47 des Magazin erwachsenenbildung.at widmet sich dem Zusammenhang von Sprache und Erwachsenenbildung. Die Veröffentlichung ist für Oktober 2022 geplant.

Die Ausgabe 48 setzt sich mit Netzwerken und dem Netzwerken in der Erwachsenenbildung auseinander und soll im Februar 2022 erscheinen. Beiträge dazu können bis 5. September 2022 eingereicht werden.

Ein weiteres Thema, dem sich das Magazin mit der Ausgabe 49 widmet, ist Nachhaltigkeit bzw. Klima und Erwachsenenbildung. Der Call for Papers zu dieser Ausgabe wird im Sommer 2022 veröffentlicht werden.

Alle aktuellen Calls sowie weitere Informationen zum Einreichen von Artikeln finden Sie unter: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/calls.php>.





Foto: K. K.

Sonja Luksik, M.A.

luksik@politischebildung.at
<http://www.politischebildung.at>
+43 (0)1 5046858-16

Sonja Luksik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Trainerin bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB). Als Mitarbeiterin im ÖGPB-Geschäftsbereich „Bildungsangebote und Projektberatung“ leitet sie Workshops und Trainings für Multiplikator*innen und Erwachsenenbildner*innen. Sonja Luksik studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien und der Centr  Européen Universitaire (CEU) in Nancy, Frankreich.



Foto: K. K.

Dr. Stefan Vater

stefan.vater@vhs.or.at
<https://www.vhs.or.at>
+43 (0)1 216422-619

Stefan Vater studierte Soziologie in Linz und Berlin und Philosophie in Salzburg und Wien. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Pädagogischen Arbeits- und Forschungsstelle des Verbands Österreichischer Volkshochschulen, Projektleiter der Knowledgebase Erwachsenenbildung sowie Lehrbeauftragter für Bildungssoziologie und Genderstudies an verschiedenen Universitäten.

Editorial

Abstract

Since 2020, the coronavirus crisis and its handling have dominated social life, human experiences and above all the discourse—in adult education as well. The measures taken in Austria to curb the pandemic quickly made visible existing power relations and social imbalances. The editors of the current issue of The Austrian Open Access Journal on Adult Education (Meb) criticize how instead of eliminating or at least curbing these problematic conditions, the measures reinforced them even more. Above all there was no room to maneuver for criticism and discussion in a dialectic sense. The articles in this issue indicate the extent and dimensions of the crisis and make suggestions about where adult political education can start to promote critical thinking, maturity and dialogue. Frequently they also uncover very personal convictions of researchers and practitioners of adult education and political education. Topics include democracy as a form of political life, social power relations, the Querdenker (pandemic skeptic) movement and practical opportunities for adult political education. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783755792864

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 46, 2022

Sonja Luksik MA (ÖGPB)
Dr. Stefan Vater (VÖV)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (BMBWF)

Fachbeirat

Univ.-Prof.* Dr.* Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.* Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Mag.* Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.* Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.* Andrea Kraus

Satz

Mag.* Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at